

Schluss mit der schleichenden sozialen Entrechtung!

Delmenhorst - Gewerkschaften und Sozialpolitiker sind in höchstem Maß aufgefordert der schleichenden Entrechtung von abhängig Beschäftigten in ganz Deutschland entgegenzutreten. Insbesondere die Sozialpolitiker in den Parteien müssen sich gegen die arbeitnehmerfeindlichen Strömungen in den eigenen Reihen mehr Gehör verschaffen und stärker durchsetzen.

DIE LINKE. ist in ihrer Programmatik und Aussage konsequent sozial. Je stärker **DIE LINKE.** wird, je mehr Wähler sich für **DIE LINKE.** entscheiden, umso sozialer werden andere Parteien, durch Übernahme der durch **DIE LINKE.** vertretenen Ideen. Bei zukünftigen Wahlentscheidungen sollten sich die Wähler deshalb für das Original der konsequenten sozialen Forderungen, für **DIE LINKE.** entscheiden und nicht für das Plagiat anderer.

Zur Entrechtung von Arbeitnehmern gibt es in letzter Zeit krasse und asoziale Urteile von deutschen Gerichten, wo unbewiesene Verdächtigungen, zu sogenannten Verdachtsurteilen, ausreichen, um die Reputation und die Existenz von Arbeitnehmern zu vernichten. Hierbei trifft es immer Wenigverdiener und sozial Benachteiligte. Der Industrie-, oder Bankmanager, der seinem Unternehmen, seiner Bank, einen nachgewiesenen Schaden in Milliardenhöhe (Hypo Real Estate, Norddeutsche Landesbank, andere Landesbanken, Porsche etc.) zufügt, erhält zur Belohnung, neben seinem Millionengehalt, noch eine Abfindung, Bonus-

Zahlung oder Gratifikation in Millionenhöhe. Bei der Verkäuferin im Supermarkt reicht bereits die unbewiesene, provozierte oder unterschobene Verdächtigung zu einer Bagatelle im Wert von wenigen Cent aus, um eine fristlose Verdachtskündigung zu erwirken, mit Folge der Verwirkung jeglichen Anspruchs auf finanziellen Ausgleich und somit den Absturz in die Armut. Im Gegensatz zur sonstigen Rechtsprechung, in dubio pro reo – im Zweifel für den Angeklagten - wird dieses Prinzip nicht im Arbeitsrecht angewendet. Dieses Prinzip ist zwar im deutschen Recht gesetzlich nicht normiert, wird aber abgeleitet aus Art. 20 GG, Art. 103 GG, Art. 6 EMRK und § 261 StPO. Die Vernachlässigung des Rechtsstaatsprinzipes im Arbeitsrecht, die Außerkraftsetzung der Unschuldsvermutung, ist ein eklatanter Verstoß gegen die Grundrechte, gegen das Grundgesetz und bereits gegen Art. 1 GG, die Würde des Menschen ist unantastbar. Es muss endlich Schluss gemacht werden gegen die Ungleichbehandlung bei Arbeitsgerichtsurteilen, Vernachlässigung und Außerkraftsetzung von verfas-

DIE LINKE bildete ein Wahlkampfteam

Delmenhorst - Der Vorstand der Linkspartei hat ein Wahlkampfteam für die Bundestagswahl am 27. September gebildet. Ihm gehören 12 Mitglieder der Partei an, die den Wahlkampf bereits offiziell eröffnet hat.

In den nächsten Wochen wird **DIE LINKE.** mehrere Veranstaltungen organisieren, die überwiegend kulturellen Charakter haben. Themenschwerpunkte werden unter anderem die Mindestlohn-debatte, die Aktion „Raus aus Afghanistan“ sowie die Rolle des hiesigen SPD-Bundestagsabgeordneten Holger Ortel sein, die dieser im Zusammenhang mit der sogenannten Hartmann-Affäre gespielt hat.

Ab September informiert die Linkspartei an jedem Sonnabend mit einem Informationsstand in der Fußgängerzone und an ausgewählten Standorten über ihre politischen Ziele.

sungsgemäßen und verbrieften Grundrechten. Hier kann nur noch der Bundes - Gerichtshof helfen und die verfassungsgemäße Bestimmung wieder herstellen. Dass diese Forderungen in einem Rechtsstaat erhoben werden müssen, ist ein Skandal, aber wegen des Rechtsstaates zum Glück möglich.

Stimmen Sie gegen Krieg, Herr Ortel!

Seit 2001 verwickeln die Amerikaner, die NATO und Deutschland 32 Millionen Afghanen in einen völkerrechtswidrigen Krieg und überziehen das ganze Land mit Tod und Vernichtung. Das nennen sie Wiederaufbau, Stabilisierung und Vertrauensbildung. Bis heute sind über 50 000 Afghanen durch Kriegshandlungen zu Tode gekommen. Verletzte, Verstümmelte und andere Kriegsoffer werden nicht gezählt. Das nennt sie Kollateralschäden, für die man sich hinterher entschuldigt. Die alliierte Kriegstruppe, zynischerweise auch Schutztruppe genannt, soll demnächst auf 100.000 Soldaten verstärkt werden. Von Frieden und Befriedung keine Spur. Die Deutsche Bundeswehr, nach den US- Amerikanern und den Briten, der Drittgrößte Truppensteller, wird bis zu 4 500 Soldaten nach Afghanistan entsenden. Nach dem jüngsten ARD-Deutschland-Trend sind 69% der deutschen Bevölkerung gegen den Bundeswehreinsatz und für den raschen Abzug aus Afghanistan und 58% nennen den Bundeswehreinsatz Krieg. Als einzige Partei im Deutschen Bundestag hat **DIE LINKE**. gegen den Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt und fordert mit der deutschen Bevölkerung: **Bundeswehr raus aus Afghanistan und durch zivile Aufbauhelfer ersetzen**. Seit 2001 sind 1 200 alliierte Soldaten in Afghanistan zu Tode gekommen, darunter 35 deutsche

Soldaten, hiervon 16 durch direkte Kampfeinsätze. Die Chronologie des Todes:

23.06.2009 – es fallen 3 Soldaten in der Region Kundus

29.04.2009 – es fällt 1 Soldat, 9 Soldaten werden verletzt in der Region Kundus

20.10.2008 – es fallen 2 Soldaten in der Stadt Kundus

27.08.2008 – es fällt 1 Soldat, 3 Soldaten werden verletzt in der Region Kundus

19.05.2007 – es fallen 3 Soldaten, 2 Soldaten werden verletzt in der Stadt Kundus

14.11.2005 – es fällt 1 Soldat, 2 Soldaten werden verletzt in der Stadt Kabul

07.06.2003 – es fallen 4 Soldaten, 29 Soldaten werden verletzt in der Stadt Kabul

29.05.2003 – es fällt 1 Soldat in der Stadt Kabul

Delmenhorster Appell

Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel, CDU, Herr Frank-Walter Steinmeier, SPD, Herr Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung, CDU, **Herr Bundestagsabgeordneter Holger Ortel, SPD**: Sie haben für den Krieg in Afghanistan gestimmt und sind für den sinnlosen Tod dieser jungen Soldaten verantwortlich. Offensichtlich haben Sie keine eigenen

Kinder. Fahren Sie nach Afghanistan und führen das selbst über Wochen durch, was Sie deutschen Soldaten zumuten und lassen Sie danach neu abstimmen. Sie haben 35 deutschen Familien schweres Leid angetan. Sie haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Auf Meineid, StGB § 154, steht Gefängnis nicht unter 1 Jahr. Die Schriftstellerin Heidrun Gemähling erhebt symbolisch Klage für 35 tote Soldaten, für 35 geraubte Leben, für zigtausend geflossene und noch fließende Tränen, für Mütter ohne Söhne, für Frauen ohne Männer, für Kinder ohne Väter - und all das wäre vermeidbar gewesen.

CDU, CSU, SPD, FDP und Grüne/ Bündnis 90, wann stellen Sie sich Ihrer politischen und moralischen Verantwortung. Wann werden Sie das tun, was die deutsche Bevölkerung von Ihnen erwartet und **DIE LINKE**. immer wieder fordert. Machen Sie deutsche Soldaten nicht zu Mördern, machen Sie Schluss mit dem unsinnigen Krieg in Afghanistan, holen Sie die deutschen Soldaten zurück. Machen Sie aus Schwertern wieder Pflugscharen. Lassen Sie endlich wieder Brücken bauen und Brunnen bohren in Afghanistan. Geben Sie den Afghanen das Leben zurück, was Sie bereits 35 deutschen Soldaten genommen haben.

Volker Wohnig

Die dümmsten Bankmanager erhalten noch 1 Million geschenkt

Vergesst ehrliche Arbeit und den Lottogewinn, wenn man in Deutschland blöd genug und Bankmanager ist, kann man Millionär werden. Da gibt es eine Bank in Deutschland, die KfW, Kreditanstalt für Wiederaufbau, die hatte die dümmsten Bankmanager im Vorstand. Zuerst wurden sie, nach eigenem Bekunden, von der Pleite ihrer Tochterbank, der IKB, völlig überrascht und dann überweisen sie 320 Mio • an eine Pleite gegangene Bank in den USA, an Lehman Brothers. Genau an dem Tag, wo diese Insolvenz anmeldet und dies auch noch lange vorher bekannt war, transferieren diese blöden Bankmanager diesen unvorstellbaren und nicht rückholbaren Betrag. Natürlich mußte eine solch unverantwortliche Handlung sanktioniert werden. Die Manager Fleischer und Leinberger wurden fristlos entlassen, aber auf der Kündigung fehlte das Datum, so dass diese erst nach gesetzlicher Frist wirksam wurde. Jetzt werden diese Manager nachträglich belohnt und erhalten an Gehaltsnachzahlungen, Pensionsansprüchen und Gratifikationen ca. 1 Mio • TOLL!

Gewerkschaft NGG stellte Strafantrag

Bremen - Wegen Behinderung der Betriebsratswahlen bei der Meisterbäckerei Steinecke im Verkaufsgebiet Langwedel hat die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Verden gestellt. Mit Briefen an die Beschäftigten hat die Inhaberin Katrin Steinecke dazu aufgefordert, die Wahlen zu boykottieren. Gleichzeitig wurden private Kontaktdaten der Vorsitzenden des Wahlvorstandes veröffentlicht.

„Das Vorgehen von Frau Steinecke ist unverschämt“, hat NGG-Gewerkschaftssekretär Christian Wechselbaum erklärt. „Statt eines demokratisch gewählten Betriebsrates soll eine neutrale Schlichterin installiert werden. Die Beschäftigten wurden aufgefordert, eine Erklärung zu unterschreiben und auf die Betriebsratswahl zu verzichten.“

Die Gewerkschaft NGG berät darüber hinaus, wie sich der Wahlvorstand gegen die Veröffentlichung seiner privaten Daten wehren kann. „Wir werden dem Wahlvorstand empfehlen, einen Rechtsanwalt zu beauftragen und per einstweiliger Verfügung die Verbreitung seiner persönlichen Daten zu verbieten. Einen derart massiven Eingriff in das Persönlichkeitsrecht von Wahlvorstandsmitgliedern haben wir bisher nicht erlebt“, so Wechselbaum.

Die Meisterbäckerei Steinecke beschäftigt ca. 2.800 Beschäftigte in ca. 700 Filialen. Steinecke ist vor allem in Bremen, Hannover, im östlichen Niedersachsen, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Berlin und Brandenburg tätig. Im Verkaufsgebiet Langwedel bei Bremen laufen zurzeit Betriebsratswahlen für ca. 270 Beschäftigte. Behinderung und negative Einflussnahme auf eine Betriebsratswahl ist gemäß § 119 BetrVG eine Straftat, die mit Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr bestraft werden kann. nng

Wille zum Bürgerbegehren, Bürgerentscheid oder Bürgerbefragung, wurde durch 10 000 gesammelte Unterschriften von Delmenhorster Bürgern und umzu dokumentiert. Durch Spitzfindigkeiten und „Dirty Tricks“ von Winkeladvokaten wurde ein verwaltungsrechtliches Konstrukt gefunden, nicht für, sondern gegen den Bürger, diesen Mehrheitswillen zu beugen. Die Angst der politischen Ratskoalition durch offenes und ehrliches Handeln der Bevölkerungsmehrheit zu unterliegen, ist groß. OB und Politik machen aus der Demokratie eine Parteiendiktatur, eine Demokatur. Das Thema Bürgerbefragung, wie in anderen Kommunen üblich, hat für Delmenhorst keine Gültigkeit. OB, SPD, CDU, UAD und FDP betreiben eine Basta-Politik und nutzen per Akklamation rigoros das imperative Mandat: Alea iacta est! Basta! (Die Würfel sind gefallen. Aus.) In geheimer Abstimmung könnten viele Stadtratsmitglieder gegen Einkaufszentrum stimmen und den OB in die Schranken verweisen, analog zum SWB-Aufsichtsratsmandat. Die Chance, beim Verhand-

„Wolfgang „Mielke“ Erich“ Schäuble“ oder wie oder was? - 2 „Herren“ im gleichen Geiste!

Eine Geschichte, die sich real am 03.07.2009 im Bürgerbüro der Stadt Delmenhorst zugeht hat. An diesem Tag ging ich mit meiner Tochter (12 Jahre) sowie deren Mutter dort hin. Zweck war die Beantragung eines Jugendreisepasses, da der Kinderausweis abgelaufen war und sie kurzfristig zu ihren Großeltern nach Kuba reisen möchte. Es nahm zunächst den mir bekannten Gang (Formalien und neues Passfoto), bis die dortige Angestellte einen kleinen schwarzen Apparat zu meiner Tochter schob und sie aufforderte, abwechselnd die Zeigefinger der jeweiligen Hand auf Selbigen zu legen, zwecks Abnahme der Fingerabdrücke! Auf meine Intervention hin antwortete sie, dass wäre Gesetz in Bezug auf die Ausstellung neuer Reisepässe. Zähneknirschend gab ich meine Zustimmung (da sonst keine Reise nach Kuba).

Gerod Warrelmann
(wird fortgesetzt)

Leserbrief zum Thema: Delmenhorster Innenstadt und Einkaufszentrum

Quo vadis Delmenhorst? Das Thema Einkaufszentrum, eins, zwei oder dürfen es auch drei sein, treibt viele Delmenhorster um. Eine Minderheit wünscht Einkaufszentrum, die wegen der Größe innenstadtschädlich sein können, eine Mehrheit setzt sich zur Attraktivitätssteigerung für alternative Möglichkeiten mit moderaten und innenstadtverträglichen Lösungen ein. Die Minderheit wird durch OB und die Große Stadtratskoalition vertreten, während die Mehrheit den überwiegenden Teil der Delmenhorster Bevölkerung mit der Bürgerinitiative Lebendiges Delmenhorst und der kleinen Stadtratsopposition aus Bürgerforum, Bündnis 90/Die Grünen/Tierschutzpartei und LAD/Die Linke auf sich vereinigt. Wer nicht wie OB, SPD, CDU, UAD und FDP pro Einkaufszentrum ist, wird als Neinsager und Querulant stigmatisiert. Wille und Meinung der Bevölkerungsmehrheit wird von der Macht ausübenden Politik manipuliert. Der

Verfahren für die Implementierung von Einkaufszentrum alternative Lösungsmöglichkeiten in einem Parallelverfahren mit auszuschreiben, könnte aber immer noch genutzt werden, man muss es nur wollen. Die sich anbietenden Projektentwickler und/oder Investoren, die vorhandene Bausubstanz abreißen und neu bauen wollen, können gleichzeitig zur Angebotsabgabe verpflichtet werden, um vorhandene Bausubstanz zu erhalten, architektonisch, energetisch, sowie gebäudetechnisch auf den neuesten Stand zu bringen und so eine Revitalisierung innenstadtverträglich zu gestalten. Gleichzeitig müsste die Wiederertüchtigung der Pfützen-Pflasterung in der Fußgängerzone im Investoren-Angebot enthalten sein, sowie eine neue Oberflächenentwässerung, die Begrünung, die Möblierung, die Bestückung mit Spielgeräten und neuzeitliche - lichttechnische Effekte. Warum wird diese Alternative von OB de La Lanne verhindert??? Quo vadis Delmenhorst?

Hans-Hermann Bruchno



**Psst.
Wir
kommen
wieder!**

Hartz IV-Empfänger in Deutschland:

Der Schnüffel-Staat kommt mit Stasi-Methoden

Nach Informationen der Bild- Zeitung und T- Online, soll bei der Bundesagentur für Arbeit Unvorstellbares per Anweisung vom 20. Mai 2009 an alle regionalen ARGEN umgesetzt werden. Die in Nazi-Deutschland und bis vor 20 Jahren in der DDR geltenden Stasi-Methoden zur Überwachung, Beschattung und Ausspähung der Bevölkerung, sollen jetzt auf Arbeitslose und Hartz-IV-Empfänger angewendet werden. Offensichtlich hat man sich im Stasi-Archiv bei der Birthler- Behörde kundig gemacht. Arbeitgeber, Krankenkassen und Versicherungen verfolgen gespannt die weitere Entwicklung zur möglichen Mitnutzung der gesammelten Daten. Bei Verdacht auf Leistungsmissbrauch, der auch auf bloßem Hörensagen, anschwärzen oder anonymen Hinweisen begründet werden kann, sollen BA- Außendienstmitarbeiter und private Schnüffler ausschwärmen Nachbarn, Freunde, Verwandte, Bekannte oder sogar Kinder zu Leistungsempfängern befragen dürfen. Hierbei soll auch vor Wohnungen, bis hin zur Schrankdurchsuchung, nicht halt gemacht werden. Die entsprechenden Informationen werden ganz nach Stasi- Methode, gegen jedes Datenschutzrecht, in Dateien festgehalten und gespeichert. Es liegt auf der Hand, dass mit den gesammelten Daten, eine lückenlose Überwachung und Verängstigung beabsichtigt wird, um eine Dziplinierung der Bevölkerung durchzuführen. Klatsch und Denun-

ziation werden Tür und Tor geöffnet. Denunziation wird an anderer Stelle mit Recht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit geächtet und ist ein Straftatbestand. Jetzt werden Angestellte der BA zu neuzeitlichen Blockwarten und private Schnüffler verdingen sich als IM's, Informelle Mitarbeiter. Bereits vor 200 Jahren stellte Hoffmann von Fallersleben, der Textdichter der deutschen Nationalhymne, fest: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der

Denunziant. Ergänzen kann man das für heute, mit: Will gleiche Lumpen finden, die solches dann verwenden. Dieser Tage wurde „60 Jahre Grundgesetz“ gefeiert, aber mit welcher Ignoranz werden die Artikel hierzu von den verantwortlichen Politikern ausgehebelt und missachtet. Die schlimmen Erfahrungen der Nazi-Herrschaft von 1933 bis 1945 und mit der DDR- Stasi bis 1989 ficht die Politik nicht an, erneut zu vergleichbaren Methoden zurückzukehren. vw

Hätten Sie's gewußt?

Der Delmenhorster SPD-Bundestagsabgeordnete **Holger Ortel**, auch oberster Trübfischer genannt, erklärte als SPD-Wahlkreiskandidat in Delmenhorst, in der versöhnungs- und friedenspolitischen Tradition von Willy Brand und Helmut Schmidt zu stehen und verurteilt den Krieg. Damit sagt **Holger Ortel** die Unwahrheit. In Berlin, im Deutschen Bundestag, stimmte **Holger Ortel**, in 3 Jahren 4 Mal ausdrücklich für den Kriegseinsatz der Deutschen Bundeswehr in dem völkerrechtswidrigen Krieg in Afghanistan, und zwar am 28.09.2006, am 12.10.2007, am 16.10.2008 und am 02.07.2009. **Holger Ortel** hat sich dadurch mitschuldig am Tod von bisher 35 deutschen Soldaten gemacht.

Einfach mal bei uns

vorbeischaun:

www.dielinke-delmenhorst.de

Termine, Neuigkeiten, Politik & jede Menge Links zu anderen Anbietern.

IMPRESSUM

Presserechtlich verantwortlich:

Jörg Dombrowe, Ratsherr DIE LINKE.

Postfach 1241, 27732 Delmenhorst

Tel.: 04221-61160, mobil: 0171-2712322

email: joerg.dombrowe@ewetel.net

Redaktion: Peter Vogel

Tel.: 04221-53948, mobil: 0172-4296289

email: P2807@aol.com

„Als die Nazis die
Kommunisten holten“

Viel zitiert, oft abgewandelt, manchmal missbraucht, immer noch aktuell: das berühmte Zitat Martin Niemöllers

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“